

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel. 0221/16 79 39 45
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Layout: Holger Deilke

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Kto-Nr. 8 035 782 600

**FRIEDENSPROZESS
UNTERSTÜTZEN**
**PKK-VERBOT
AUFHEBEN!**

**BUNDESWEITE
DEMONSTRATION**
BERLIN, 16. NOVEMBER 2013, 11:00 UHR
KARL-MARX-ALLEE/ALEXANDERPLATZ

**TATORT
KURDISTAN**
<http://tatortkurdistan.blogspot.de>

[HTTP://FRIEDENSTATTVERBOT.BLOGSPORT.DE](http://FRIEDENSTATTVERBOT.BLOGSPORT.DE)

WSP: Ethar (Wich) - ab Azadi e.V., Hansaring 82, 50670 Köln

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IN BERLIN AM 16. NOVEMBER 2013

FRIEDENSPROZESS UNTERSTÜTZEN PKK-VERBOT AUFHEBEN

Im Frühling 2013 begann in der Türkei eine Zeit der Hoffnung auf Frieden und demokratischen Wandel. Nach jahrzehntelangem Kampf ist die Anerkennung und Gleichberechtigung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei in greifbare Nähe gerückt. Der von der PKK eingeleitete Waffenstillstand und der am 8. Mai begonnene Rückzug ihrer Kämpferinnen und Kämpfer aus der Türkei sind deutliche Schritte. Die türkische Regierung verhandelt seit Ende 2012 direkt mit dem Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Damit ist er als politischer Vertreter der Kurdinnen und Kurden in der Türkei anerkannt worden.

Beim Newroz-Fest in der kurdischen Metropole Diyarbakir haben am 21. März ein bis zwei Millionen Menschen friedlich und von der Polizei unbehelligt mit zehntausenden von PKK-Fahnen und Öcalan-Bildern gefeiert und demonstriert. Dialog und Veränderung stehen auf der Tagesordnung. Der Friedensprozess in der Türkei kann sich positiv auf den ganzen Mittleren Osten auswirken. Dieser Aufbruch sollte von Deutschland und Europa aus entschlossen unterstützt werden. Dazu gehört, dass die Einschränkung der öffentlichen Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit von Kurdinnen und Kurden durch Verbote und Strafverfahren aufhört.

Vor 20 Jahren, am 26. November 1993, hat der damalige Innenminister Manfred Kanther das Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland verfügt. Tausende wurden seitdem zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt, hunderte nach Behördenmeinung der PKK nahestehende Institutionen, Vereine und Veranstaltungen verboten. Seit 2012 sind kurdische Politiker auch noch auf der Grundlage des § 129b für die mutmaßliche Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“ angeklagt.

Das politische Engagement zehntausender Kurdinnen und Kurden in Deutschland ist durch diese Maßnahmen stark eingeschränkt. Alle, die sich für die Rechte der Kurdinnen und Kurden einsetzen, sind von Kriminalisierung und staatlicher Repression bedroht, wenn sie sich nicht ausdrücklich von der PKK distanzieren. Die Aufhebung des PKK-Verbots sowie die Streichung der PKK von der Terrorliste der EU wären wichtige Schritte auf dem Weg von Dialog und Konfliktlösung.

Für diese Forderungen und für eine demokratische Entwicklung in der Türkei und im Mittleren Osten wollen wir am 16. November 2013 in Berlin demonstrieren.

Kampagne TATORT Kurdistan Köln/Berlin 11. Mai 2013

Erstunterzeichnungen des Aufrufs (Stand 24.7.2013):

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln; Dialog-Kreis „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung“, Köln; Netzwerk Friedenskooperative, Bonn; Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.Y. (IPPNW), Berlin; Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) - Bundesverband, Berlin; Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin; Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.Y. (EJDM), Düsseldorf; Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.Y. (VDJ), Krefeld; Bundesausschuß Friedensratschlag; Aktion 3. Welt Saar, Losheim am See; pax christi - Gruppe Lahnstein; Verein für Demokratie und Internationales Recht e.Y. (MAF-DAD), Köln; Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaftler, Berlin; Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, Ehrenvorstandsmitglied der IPPNW, Frankfurt; Dr. med. Gisela Penteker, Türkei-Beauftragte der IPPNW, Hemmoor; Joachim Legatis, Bundesvorstandsmitglied Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di; Monty Schädel, Bundessprecher der DFG-VK; Dr. Peter Strutynski, Politikwissenschaftler und Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel; Pater Wolfgang Jungheim, Pax Christi, Gruppe Lahnstein; Prof. Dr.-Ing. habil. Armin Rieser, Bonn; Albrecht Kieser, Journalist, Köln; Prof. Dr. Andreas Buro, Politikwissenschaftler, Grävenwiesbach; WolfDieter Narr, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Berlin; Prof. Dr. Werner Ruf, Politologe und Friedensforscher, Edermünde; Mani Stenner, Netzwerk Friedenskooperative; Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler, Hamburg; Clemens Ronnefeldt, Internationaler Versöhnungsbund, Freising; Dogan Akhanh, Schriftsteller, Köln Alle, die unser Demonstrationsprojekt unterstützen wollen, können dies mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck bringen. Kontakt: tatort_kurdistan@aktivix.org • <http://friedenstattverbot.blogspot.de>

Fußnote: für weitere Unterschriften:

<http://friedenstattverbot.blogspot.de/2013/08/13erstunterzeichnungen-aufruf/>

[zu seite 1](#)

Auftakt des § 129b-Prozesses gegen Metin A. vor dem OLG Stuttgart

Am 14. August wurde das Hauptverfahren gegen den kurdischen Aktivist Metin A. vor dem OLG Stuttgart (-Stammheim, Asperger Str. 60) eröffnet. Die Anklage beschuldigt ihn der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§ 129b Abs. 1 i.V.m. § 129a Abs. 1 StGB). Danach soll er sich von März 2008 bis zu seiner Festnahme am 20. Juli 2011 als „hochrangiger Kader“ der Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ (KC) in Berlin, später bundesweit sowie im europäischen Ausland betätigt haben. In dieser Funktion sei er laut Bundesanwaltschaft (BAW) u. a. damit befasst gewesen, Jugendliche an die Organisation heranzuführen und für den „Guerillakampf der PKK“ zu rekrutieren. Als Mitglied der Europaführung der KC habe er über „umfangreiche Entscheidungs- und Anordnungs-kompetenzen“ verfügt.

Aufgrund eines Ersuchens der BAW wurde Metin A. während eines Aufenthaltes in der Schweiz am 20. Juli 2011 fest- und in Auslieferungshaft genommen. Während seiner Haftzeit hatte er Asyl beantragt und ist aus Solidarität mit den zu dieser Zeit zahlreich hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Unter dem Vorwand, in ein anderes Gefängnishospital verlegt zu werden, wurde der Kurde jedoch - an den Füßen gefesselt - am 1. November 2012 mit einem Krankenwagen statt in ein Krankenhaus an die deutsche Grenze gefahren und den dortigen Behörden übergeben. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Metin A. seit über 50 Tagen im Hungerstreik, weshalb er in das Haftkrankenhaus der JVA Stuttgart verbracht worden ist.

Nach Beendigung seiner Aktion und entsprechender medizinischer Behandlung wurde er in ein anderes Gefängnis verlegt.

Wie in allen anderen §129b-Verfahren auch, heißt es in der Anklagebegründung, dass die PKK „einen staatenähnlichen Verbund der kurdischen Siedlungsgebiete in der Türkei, Syrien, Iran und Irak anstrebt“, über „militärisch strukturierte Guerillaeinheiten verfügt, die vorwiegend im Südosten der Türkei Attentate auf türkische Polizisten und Soldaten verüben“. Seit 2004 würden „Terrorkommandos der PKK zudem Sprengstoff- und Brandanschläge in türkischen Großstädten und Tourismuszentren im westlichen Teil des Landes“ begehen. Gemeint sind hier die „Falken Kurdistan“ (TAK), die die BAW der PKK zuordnet.

Im § 129b-Verfahren gegen Ridvan Ö. und Mehmet A., das am 12. Juli in Stuttgart endete, ist der TAK-Vorwurf fallengelassen worden. Beide Aktivisten wurden zu einer Freiheitsstrafe von jeweils drei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Am 13. Februar 2013 wurde der kurdische Politiker Ali Ihsan Kitay vom OLG Hamburg zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt und der Haftbefehl gegen Kautions aufgehoben.

Veziir T. ist am 11. Juni 2013 vom Kammergericht Berlin zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt worden. Der Haftbefehl gegen ihn bleibt gegen Meldeauflagen ausgesetzt.

In allen Fällen ist Revision eingelegt worden.

Seit dem 5. Juni läuft der § 129b-Prozess gegen Abdullah S. vor dem OLG Düsseldorf.

(PM Azadi v.12.8.2013)

SOLIDARITÄT mit den Betroffenen der 129 a/b Verfahren!
Spendet auf das Solikonto der Roten Hilfe!
Rote Hilfe e.V., Postfach 3255, 37022 Göttingen, www.rote-hilfe.de
Spendenkonto: IBAN: 440 100 36 Postbank Deutschland, BIC: BFSW3333, Mönchestr. 19 11 30 482
betroffen werden einige gemeint sind wir alle!

KNK-Mitglied Adem Uzun aus der Haft entlassen Eine Operation des französischen Geheimdienstes?

Am 9. August wurde das Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK), Adem Uzun, in Paris aus dem Gefängnis „La Santé“ entlassen, in dem er sich seit seiner Festnahme am 6. Oktober 2012 in einem Café in Paris-Montparnasse befand.

Die französischen Sicherheitsbehörden hatten ihn beschuldigt, einen Waffenhandel von Paris aus nach Süd-Kurdistan (Nordirak) betrieben zu haben. Roj News Agency berichtet in einer ausführlichen Darstellung über die Hintergründe der Verhaftung von Adem Uzun, der im vergangenen Jahr einer der Verhand-

lungspartner in der Oslo-Phase zur Vorbereitung von Gesprächen zwischen der kurdischen Bewegung und der türkischen Regierung zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts gewesen ist. Auch ein Artikel in der Zeitschrift „Paris Match“ vom 4. Juli über einen Waffenhändler namens Ziad Takieddine bildete ein Mosaikstein in dem offenbar vom französischen Geheimdienst organisierten Ränkespiel gegen den kurdischen Politiker. Der „Dunkelmann“ Noel Delarose – tatsächlicher Name Noel Dubus – soll sich im Falle Uzun um die Details wie fingierte Treffen mit Agenten des Geheimdienstes gekümmert haben, um ihn zu einem Waffentransfer nach Süd-Kurdistan zu animieren.

„Paris Match“ zufolge soll Noel Dubus auch auf den Komoren und der Elfenbeinküste dunkle Geheimdienstaktivitäten durchgeführt haben. Uzuns Anwalt, Antoine Compte, erklärte, sein müsse Mandant sei in eine Fall gelockt worden. Die französische Justiz

müsse die von Dubus gegründete „Dubus-Zelle“ hinterfragen, die „auf Bestellung“ politische Zielpersonen manipuliere und sie in gestellte Falle tappen ließen. Ferner organisiere sie Provokationen.

(Roj News Agency/ANF/ActuKurde.fr v.18.7. bzw. 10.8.2013)



BND liefert millionenfach Verbindungsdaten an die NSA weiter

Jan Korte fordert innenpolitische Wende und effektive Kontrolle der Geheimdienste

„Der BND liefert – vorgeblich streng rechtsstaatlich – Abermillionen an Kommunikationsdaten an die NSA, und die Bundesregierung spielt wochenlang die Unwissende, als das Überwachungsmaß dank Edward Snowden ans Licht kommt. Unglaublicher geht's nicht. [...]

Spätestens nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 haben SPD, Grüne, FDP und CDU/CSU den im Grundgesetz verankerten Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten zur Makulatur gemacht. [...] Das Parlament, das eigentlich das Treiben der Geheimdienste kontrollieren soll, wird derweil mit Allgemeinplätzen abg gespeist. [...] Snowden muss unverzüglich befragt werden. Nichts von dem, was er bisher aufgedeckt hat, ist widerlegt worden. [...] Wir brauchen eine grundlegende Wende in der Innenpolitik: effektive Kontrolle bis hin zur Auflösung von Geheimdienststrukturen, komplette Neuverhandlungen etwa zur Fluggastdatenübermittlung an die USA und ein Moratorium für alle seit 2001 beschlossenen Überwachungsbefugnisse.“

(aus PM Jan Korte, LINKEN-MdB und Mitglied im Innenausschuss zum Überwachungsskandal/jw v. 5.8.2013)

Demokratie lebt von Kontrolle

Heribert Prantl fragt in einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung: „Wie sollen ein paar wenige Bundestags-Abgeordnete, sozusagen im Nebenberuf, die Arbeit von 16500 Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes beaufsichtigen, plus die von Verfassungsschutz und MAD? Die Parlamentarier schaffen es bestenfalls, den Skandalen hinterherzulaufen. Das ist einer Demokratie unwürdig. [...] Die Geheimdienste müssen verpflichtet werden, Auskunft zu geben. Die Verletzung dieser Pflicht muss als Dienstvergehen geahndet werden. Das ist die Hilfe, derer das Parlamentarische

Kontrollgremium bedarf. Demokratie lebt von Kontrolle. Das gilt auch für die geheime Staatsgewalt.“

Zeitschrift „Zenith“ thematisiert „Kurdistan“ Türkische Hacker greifen Homepage an

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „Zenith“ befasst sich schwerpunktmäßig mit der Debatte um einen möglichen kurdischen Staat, der sich über die Grenzen der Türkei, Syriens, des Irak und Iran erstrecken würde. Auf dem Titelbild die Frage „Ist dieses Land noch zu verhindern?“.

Zwei Tage nach Erscheinen seien zwei Herren im Redaktionsbüro erschienen und hätten um ein Exemplar gebeten. Anschließend seien sie in einem Diplomatenvan davongefahren, berichtet Chefredakteur Daniel Gerlach. Dann griffen Hacker mit türkischen IP-Adressen die Homepage der Zeitschrift an und türkische Medien bezeichneten die Ausführungen als „schockierend“.

<http://www.taz.de/Zeitschrift-Zenith-ueber-Kurdistan/!122578>

(taz v. 27.8.2013/Azadi)

Türkische Zensur: AZADÎ-Info ist regierungsfeindlich

In diesem Zusammenhang scheint uns auch wert, über den Redakteur einer deutschen Zeitung zu berichten, der in der Türkei lebt und arbeitet. Er wird von uns – wie andere Journalisten auch – monatlich über das Erscheinen des AZADÎ-Infos informiert mit entsprechendem Link zur aktuellen Ausgabe. Damit arbeiten kann er jedoch nicht, weil ihn ein Hinweis türkischer Behörden daran hindert. Da heißt es nämlich, dass es sich bei der Veröffentlichung um ein regierungsfeindliches Presseergebnis handele.

Nun: Unseren Infodienst erhält er denn auf anderem Weg.

(Azadi)

Delegationsaufwurf: Juristinnen und Juristen für Prozessbeobachtung in Kopenhagen

Kurden wegen angeblicher „Terrorfinanzierung“ angeklagt

Unter dem Vorwurf der „Terrorfinanzierung“ wurden im September 2012 sieben kurdische Politiker und Geschäftsleute in Dänemark festgenommen. Gegen elf Personen wurde im Juni dieses Jahres von der Staatsanwaltschaft Kopenhagen Anklage erhoben. Ihnen wird vorgeworfen, Geld aus verschiedenen europäischen Ländern gesammelt und an die PKK weitergeleitet zu haben. Laut Staatsanwaltschaft soll es sich um den „umfassendsten Fall von Terrorfinanzierung“ handeln, „den es in Dänemark bisher gab“.

Die dort lebenden Kurdinnen und Kurden sind neben dem strafrechtlichen Verfahren gegen den kurdischen TV-Sender ROJ TV und dem jetzigen Verfahren im Namen der Terrorbekämpfung einer zuvor nicht bekannten Kriminalisierung ausgesetzt. Aufgrund der hierdurch verursachten gravierenden materielle und immaterielle Schäden ist ein starker Rückzug aus dem sozialen und politischen Leben feststellbar. Die Menschen sind nicht zuletzt durch eine mediale Stigmatisierung als „Terroristen“ in Angst versetzt worden. Damit haben sich auch die dänischen Strafverfolgungsbehörden den in anderen westeuropäischen Ländern – insbesondere der BRD – praktizierten Maßnahmen

gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten angepasst.

Der Verein für Demokratie und Internationales Recht (MAF-DAD) hatte bereits nach den Verhaftungen im vergangenen Jahr die Betroffenen, deren Familien und VerteidigerInnen kontaktiert.

Zur Unterstützung der Betroffenen und der kurdischen Community ruft MAF-DAD dazu auf, zum Prozessaufwurf am 18. September in Kopenhagen eine Delegation von Juristinnen und Juristen zusammenzustellen, die für zwei bis drei Tage nach Dänemark reist, um mit den Betroffenen und ihren VerteidigerInnen zu sprechen.

Kontakt MAF-DAD, Tel. 0221 – 16 79 39 50; fax: 0221 – 790 76 10 45 oder

email: mafdad2013@gmail.com

(Azadi)

21. Internationales Kurdisches Kulturfestival

Unter dem Motto

„Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ findet das diesjährige Festival am

Samstag, 21. September

im Westfalahallenpark E 1 / E 2,

Victor-Toyka-Straße in Dortmund

Beginn: 12.00 Uhr

ASYL- & MIGRATIONS-POLITIK

Schweizer Gemeinde Bremgarten:

„Baden verboten“ für AsylbewerberInnen

In Bremgarten im Schweizer Kanton Aarau ist Flüchtlingen, die im ersten von sechs geplanten „Bundeszentren für Asylbewerber“ untergebracht werden, nicht nur der Zugang zum örtlichen Freibad explizit untersagt. Die bisher 23 Männer, Frauen und Kinder dürfen auch alle weiteren Sportanlagen, Kirchen und die Bibliothek des Ortes nicht betreten. Als „behördlichen Rassismus“ und „rechtswidrig“ kritisiert die Zürcher Wochenzeitung (woz) diese Verbannungen. Weitere Organisationen wie der UNHCR sehen hierin einen Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Das mag der Bürgermeister Raymond Tellenbach von der rechtsliberalen FDP nicht so sehen. Für ihn handelt es sich um eine „Vorsichtsmaßnahme, damit es nicht zu sexuellen Belästigungen von Schülerinnen oder zu Drogenverkäufen durch Asylbewerber kommt.“ Diese Ansicht

teilt auch das zuständige Bundesamt für Migration in Bern. Mit dieser Einschränkung solle den Flüchtlingen die hiesigen „Sitten und Gebräuche“ deutlich gemacht werden. Die AsylbewerberInnen dürfen darüber hinaus die Unterkunft – ein ehemaliges Truppenlager der Schweizer Armee - nur zwischen 9 und 17 Uhr verlassen. Umgeben ist das Gelände von einem schwarzen Zaun und bewacht von einer privaten Sicherheitsfirma.

Grundlage für diese Unterbringung von Asylbewerbern ist die von der sozialdemokratischen Justizministerin Simonetta Sommaruga konzipierte verschärfte Asylgesetzgebung.

(tageszeitung v. 9.8.2013/Azadi)

Österreich:

Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen

Die Caritas Österreich wirft der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von der christlich-sozialen ÖVP

vor, Wahlkampf auf dem Rücken von Asylbewerbern zu betreiben. Anfang August wurden acht Flüchtlinge aus Pakistan, die von der Caritas im Servitenkloster von Wien betreut worden sind, festgenommen und abgeschoben. Danach teilte die Ministerin mit, dass gegen fünf Männer „im Umkreis der Servitenkloster-Flüchtlinge“ wegen Schlepperei ermittelt werde; drei von ihnen wurden festgenommen. Die Anwältin eines Betroffenen warnte vor „voreiligen Schlüssen“. Das Innenministerium erklärt, dass die Betroffenen nach negativem Bescheid und der Ablehnung einer freiwilligen Heimreise außer Landes zu schaffen seien. Für Michael Genner von der Organisation „Asyl in Not“ sind die Ausweisungen illegal, weshalb er Strafanzeige gegen die Ministerin wegen „Überlieferung wehrloser Menschen an eine ausländische Macht“ stellen wolle. Der Strafraum hierfür: 10 bis 20 Jahre.

(tageszeitung v. 9.8.2013/Azadi)

ADS: Benachteiligung von Schülern und Studierenden mit Migrationshintergrund

Wie aus dem Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hervorgeht, fühlt sich jeder vierte Schüler und Studierende mit Migrationshintergrund benachteiligt.

Besonders Kinder mit Migrationshintergrund oder Behinderung leiden demnach sehr häufig unter Diskriminierungen der Lehrer. Vorurteile und ungerechtfertigte

Zuschreibungen wie etwa einer niedrigeren Leistungsfähigkeit seien die Ursachen hierfür. „Die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft spiegelt sich nur unzureichend bei den Lehrenden wider“, sagt ADS-Leiterin Christine Lüders. Im Jahre 2010 hatten 6,1 Prozent der Lehrkräfte einen Migrationshintergrund, bei den Schülern war es dagegen ein Drittel. Zudem fehle es an Männern in Kindergärten und Grundschulen und überall herrsche Mangel an Lehrpersonal. „Deutschland kann es sich langfristig nicht leisten, ganze Gruppen von Schülerinnen und Schülern am Bildungserfolg nicht chancengerecht teilhaben zu lassen“, so Lüders.

(taz v. 14.8.2013/Azadi)

Sattsam bekannte Stimmungsmache

Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschuss, Bosbach (mutmaßlich christlicher Demokrat), lehnt eine Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber ab. Fiele das Verbot, „würde sich diese Nachricht in Windeseile verbreiten und die Menschen würden nach Deutschland strömen“, sagte er gegenüber der „Welt“.

Er warnte angesichts steigender Flüchtlingszahlen vor einer Überforderung der Städte und Gemeinden: „Einige Kommunen haben die Grenzen der Belastbarkeit erreicht“, so Bosbach.

(ND v. 16.8.2013/Azadi)

ZUR SACHE: TÜRKEI

Kranke Gefangene in Isolationshaft

Hunderte kranke Gefangene in türkischen Gefängnissen werden aufgrund willkürlicher Bestrafungen nicht entlassen, sondern in Isolationshaft verbracht. Eine von ihnen ist die 32-jährige an Magenkrebs erkrankte politische Gefangene Cihan Asi. Sie ist seit 2009 inhaftiert, nachdem sie während eines Arztbesuches im Krankenhaus von Wan (türk. Van) festgenommen worden war. Obwohl bei ihr laut einem Gutachten zusätzlich eine

Leber-Vergrößerung festgestellt wurde, ist sie ins E-Typ-Gefängnis von Bedlis und nach zwei Jahren 2012 ins Gefängnis von Izmir verlegt worden; eine ärztliche Behandlung erfolgte zu keinem Zeitpunkt. Ihr Vater hat bislang vergebens Entlassungsanträge an die Gefängnisleitungen gestellt und Eingaben an verschiedene Ministerien gerichtet. „Das ist Folter“, sagt er.

(AFN/ISKU v. 22.8.2013)

KURDISTAN

Friedensprozess: AKP-Regierung verharrt im Stillstand Zahlreiche Stimmen fordern den Fortgang der Verhandlungen

In einer schriftlichen Erklärung mahnt der Exekutivrat der „Vereinigten Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK) die Fortführung des (Lösungs-)Prozesses durch die AKP-Regierung an und kritisiert die Äußerung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, die kurdische Freiheitsbewegung würde sich nicht vom türkischen Territorium zurückziehen. „Ohne auch nur einen Schritt zu tun, solche Äußerungen zu treffen, zeigt, dass die Regierung nicht vom psychologischen Krieg und den Hinhaltenaktiken abgelassen hat,“ so der Exekutivrat.

sche Freiheitsbewegung würde sich nicht vom türkischen Territorium zurückziehen. „Ohne auch nur einen Schritt zu tun, solche Äußerungen zu treffen, zeigt, dass die Regierung nicht vom psychologischen Krieg und den Hinhaltenaktiken abgelassen hat,“ so der Exekutivrat.

(ANF/ISKU v. 22.8.2013)

Die Schauspielerin Lale Mansur und der Akademiker Mithat Sançar, beide Mitglieder der sogenannten „Kommission der Weisen“, haben die Regierung dazu aufgerufen, endlich Schritte zu unternehmen, damit der Friedensprozess nicht ins Stocken gerät. „Das kann mit der Freilassung der kranken Gefangenen beginnen. Dies sollte nicht schwierig sein,“ erklärt Lale Mansur. Auch Prof. Dr. Sançar fordert weitere „Schritte“. Er kritisiert, dass bisher in Sachen Demokratisierungspaket weder eine klare Erklärung abgegeben noch praktische Initiativen entwickelt worden seien. Es herrsche Unklarheit darüber, was die AKP-Regierung überhaupt plane.

(ANF/ISKU v. 23.8.2013/

Auch der Vorsitzende der „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP), Selahattin Demirtaş, beklagt die jetzige Situation. Die Kurden führten einen „harten Prozess“ und es sei eine Herausforderung an sich, mit der AKP zu verhandeln. Ein Ende der Verhandlungen würde „Krieg bedeuten“ und „das Sterben von Kindern und Jugendlichen“. Deshalb sei es die „moralische Pflicht“ der kurdischen Seite, „alles zu tun, damit die Verhandlungen nicht ins Stocken geraten“. Dies bedeute nicht, eine „politische Ehe mit der AKP zu schließen“, sondern eine „Transformierung des Konflikts von der militärischen in die politische Ebene.“

(Tageszeitung „Birgün“/ISKU v. 23.8.2013)

INTERNATIONALES

Zapatistische Bewegung feiert in Chiapas zehnjährige Autonomie

Tausende Zapatistas und zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland feierten in Oventic den zehnten Jahrestag der zapatistischen Selbstverwaltung im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Da bereits 1993 die zapatistischen Frauen ein Verbot von Rauschmitteln durchsetzen konnten, gab es auf diesem Fest keinen Alkohol und keine Drogen. Auch in weiteren Orten wurde der Aufbau der Autonomie gefeiert, die für die Menschen insbesondere große Fortschritte in den Bereichen Bildung und Gesundheit gebracht hat – trotz vieler Schwierigkeiten.

1994 hatte die mehrere hunderttausend Menschen umfassende Bewegung der linksgerichteten Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) begonnen, militant gegen Diskriminierung, Ausbeutung und Benachteiligung der Frauen gekämpft. 1996 unterzeichneten EZLN und die mexikanische Regierung das Abkommen von San Andrés über indigene Autonomie. Die Bevölkerung erhielt damit eine weitgehende Selbstbestimmung über Landrechte, Verwaltung, Medien, Rechtsprechung, Gesundheit, Bildung und Ressourcennutzung. Allerdings hat die Regierung die Abkommen nie umgesetzt, obgleich sie internationale Verträge zugunsten indigener Rechte unterzeichnet hat. Verfassungsbeschwerden blieben erfolglos. Hintergrund: Internationale Konzerninteressen an Bodenschätzen, Staudamm- und Tourismusprojekte auf indigenem Land. Dennoch gründete die EZLN im August 2003 die „Räte der Guten Regierung“ und entschied sich auf regionaler Ebene für ihre Autonomie: Zapatistische Dörfer bildeten einen autonomen Landkreis und in fünf anderen Kreisen eine rebellische Zone. In fünf Verwaltungs- und Logistikzentren („caracoles“=Schne-

ckenhäuser) arbeiten fünf „Räte der Guten Regierung“, die – wie die meisten Gremien – alle drei Jahre neu bestimmt werden. Die EZLN-Gebiete gehören heute zu den sichersten Orten Mexikos. „Es gibt noch viel zu lernen, um unsere Arbeiten zu verbessern, für ein Leben, das gerechter, würdiger und humaner ist“, erklärte eine EZLN-Sprecherin. „Wir glauben weiter, dass eine bessere Welt möglich ist, eine Welt, in der viele Welten Platz haben.“

Im Kommuniqué vom 9. August heißt es: „Es ist wichtig, unsere Rebellionen, unsere Kämpfe und unsere Stimmen zu einem ‚Ya Basta!‘ (Es reicht) zu vereinen. Unser Kampf wird erfolgreich sein.“

(ND v. 12.8.2013/Azadi)

Massenprozesse gegen baskische Unabhängigkeitsbewegung

Wie die spanische Regierung festgelegt hat, beginnt am 17. Oktober ein Prozess gegen 40 führende Mitglieder verbotener baskischer Linksparteien. Bereits im April 2002 hatte der damalige Untersuchungsrichter Baltasar Garzón ein Verfahren 35/02 eingeleitet und elf Politiker wegen vermeintlicher Zugehörigkeit zur baskischen Untergrundorganisation ETA verhaften lassen. Im Oktober 2002 folgte die Schließung von 75 Volkskneipen („Herriko Tabernas“), die ihre Einkünfte angeblich an die ETA weitergeleitet hätten. Das Verfahren 35/02 sei „als politischer Prozess ein Angriff auf alle Mitglieder der baskischen Gesellschaft von heute, die Räume des respektvollen, vielfältigen Zusammenlebens auf demokratischer Grundlage schaffen wollen“, erklärten Anfang Juli baskische Juristen, Akademiker und Journalisten auf einer Pressekonferenz. Die Anklagen seien „bloße Spekulationen“.

Richter Baltasar Garzón wurde im Mai 2010 wegen Amtsmissbrauchs vom Staatsdienst suspendiert; er wollte Verbrechen der Franko-Diktatur zwischen 1936 und 1975 untersuchen. Seines Dienstes enthoben

wurde er 2012. Es war bekannt geworden, dass im Zuge von Korruptionsermittlungen versucht worden ist, Politiker der Regierungspartei PP abzuhören.

(jw v. 16.8.2013/Azadi)

NEU ERSCHIENEN

Eine Reihe neu erschienene Bücher befassen sich nicht zuletzt nach den Snowden-Enthüllungen über die weltumspannenden NSA-Angriffe mit dieser Thematik im engen und weiteren Sinne.

So ein kritisches Buch von Marita Neher mit dem Titel „Albtraum Sicherheit. Interessen und Geschäfte hinter der Sicherheitspolitik“. Erschienen im S. Fischer Verlag, 240 Seiten, 14,99 €

Über die Zukunft der Informationstechnologien und ihre Konsequenzen haben Eric Schmidt und Jared Cohen geschrieben. Ihr Buch trägt den Titel „Die Vernetzung der Welt. Ein Blick in unsere Zukunft“. Erschienen im Rowohlt Verlag, 441 Seiten, 24,95 €

Weil jedeR künftig Produkte kostengünstig selbst designen und fertigen könne und auf diese Weise die Macht der Konzerne gebrochen werde, präsentiert Chris Anderson seine Visionen in dem Buch „Makers. Das Internet der Dinge: die nächste industrielle Revolution“. Erschienen im Hanser Verlag, 285 Seiten, 22,90 €

Zur globalisierten Überwachung als einem Grundzug der modernen Welt und einer damit einhergehenden Änderung ihres Wesens, schrieben Zygmunt Baumann und David Lyon „Daten, Drohnen, Disziplin. Ein Gespräch über flüchtige Überwachung“. Erschienen in der Edition Suhrkamp, 205 Seiten, 16,— €

(die vorstehenden Literaturhinweise wurden der Seite „Politisches Buch“ des ND v. 15.8.2013 entnommen)

Feminismus und Antifaschismus zusammendenken

Wir wollen auf ein weiteres Buch aufmerksam machen, in dem sich ein Herausgeber_innen-Kollektiv intensiv mit feministischen Perspektiven antifaschistischer Politik auseinandersetzt und hierfür zurückblickt in die 1990er Jahre, in denen erste feministische Antifa-Gruppen entstanden sind. Damalige Aktivistinnen aus Bonn, Wuppertal, Frankfurt/M. und aus Bern erzählen in Interviews darüber, welche Gründe sie veranlasst haben, sich eigene Strukturen mit eigenen thematischen Schwerpunkten – wie Bevölkerungspolitik, faschistische und konservative Frauenpolitik, Kampf gegen Abtreibungsgegner – zu geben, die innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Antifa auf wenig Interesse stießen. Aber auch Sexismus- und Vergewaltigungsvorwürfe, Militanz- und Mackergehabe führten bei den Frauen zur Abkehr. Weil diese Fragen nichts an Aktualität verloren haben, berichten die fünf Autorinnen auch über heutige feministische Gruppen. In einem Kapitel kommen aber auch männliche Perspektiven zur Sprache, z.B. in einem Gespräch mit der Autonomen Männer-Antifa Hamburg. Im letzten Kapitel geht das Herausgeber_innen-Kollektiv „kritisch-solidarisch den Fragen einer fortgesetzten Notwendigkeit feministischer Intervention nach“ und verbindet dies mit der Hoffnung, „feministische und antifaschistische Kämpfe zusammenzudenken“.

Im Anhang finden sich Originaldokumente, Flugblätter, Diskussionstexte und Literaturhinweise.

„Fantifa – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politik“, Herausgeber_innenkollektiv, edition assemblage, 200 Seiten, 12,80 €

(Azadi)

UNTERSTÜTZUNGSFÄLLE

In den Monaten Juli und August haben wir 12 Finanzanträge bearbeitet und insgesamt einen Unterstützungsbetrag in Höhe von 2558,40 € gewährt.

Es handelte sich in den Fällen um die Kostenübernahme von Büchern und Zeitungen für politische Gefangene, Schiffs- und Redaktionsbesetzungsaktionen, Verstöße gegen das Vereinsgesetz, politisches Betätigungsverbot/Ausweisungsverfügung aufgrund politischer Betätigung, Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter einer Abteilung in einem Polizeipräsidium, Verfahren wg. Beleidigung eines Polizeibeamten, anwaltliche Intervention in einem Anwerbeversuch durch den Verfassungsschutz.